

B, 18.10.08

## **Tätigkeitsbericht der Koordinierungsgruppe an den Ratschlag**

Der letzte kommunalpolitische Ratschlag Ende März 2007 in Herten hatte deutlich gemacht: in den Kommunen ist ein **großes Potential** von Menschen, die für eine lebenswerte Zukunft eintreten und kämpfen. Bekräftigt wurde deshalb die **weitere Vernetzung** alternativer, fortschrittlicher Kommunalpolitik.

Dazu wurde als **Neuerung** beschlossen, dass neben den gewählten Vertretern jedes Bündnis einen Sitz mit Stimme im Koordinierungsausschuss wahrnehmen kann. Obwohl kontinuierlich meist nur Gelsenkirchen, Essen, Witten und Bergkamen an den etwa vierteljährlichen Treffen der Koordinierungsgruppe teilnahmen, zeigte sich, dass damit die **Grundlage für eine Vernetzung von unten gestärkt** wird. Die Koordinierungsgruppe setzt auf euch und diese praktische Zusammenarbeit und wird euch dazu weiter einladen.

Unsere Treffen haben regelmäßig stattgefunden und die Ergebnisse wurden allen Beteiligten bekannt gemacht. Gleich zu Beginn nahmen wir als neue Idee einen gemeinsamen „**Kommunalpolitischen Treffpunkt**“ auf dem **Pfingstjugendtreffen 2007** in Gelsenkirchen in Angriff unter dem Motto „Wir wollen eine Stadt die Platz für uns hat“. Mit einem schönen Zelt und Transparent, mit Aktivitäten für Kinder drumherum boten wir Tafeln und Infomaterial, führten viele Gespräche auch auf einem kleinen Treffen, und knüpften Kontakte. Zugleich war das auch eine Bereicherung des Pfingstjugendtreffens..

Danach erarbeiteten wir uns **Spielregeln für die Zusammenarbeit** und Methoden der systematischen Arbeit. Dazu zählt die strikt überparteiliche Arbeit und demokratische Streitkultur, die Koordinierung, aber nicht etwa Leitung der gemeinsamen Arbeit, und ihre Verbreiterung und Verbindung zu neuen fortschrittlichen Kräften. Nicht gelungen ist dabei die Professionalisierung unserer **homepage**, die schon bis dann ein Schattendasein führte. Fähigkeiten zur ihrer Pflege und Entwicklung haben wir nicht in der KOG, und konnten sie nicht mobilisieren. Das entspricht keinesfalls ihrer Bedeutung für den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung unserer Arbeit, wo sie **Quelle und Forum** werden muss für die Beteiligten und Interessierte. Diese Vernachlässigung drückt eigentlich eine Unterschätzung der Vernetzung aus. Wer z.B. an einer Untersuchung sitzt oder eine Zeitung machen will, der findet derzeit nichts Brauchbares dort. Das haben viele kritisiert, zu Recht. Aber es sollte auch ein Anliegen von uns allen sein. Wir haben erste Schritte eingeleitet, aber bitten euch, ob aus euren Reihen oder Wirkungskreis sich jemand für die Pflege der homepage in Zusammenarbeit mit uns zur Verfügung stellt, was auch mit einer bestimmten Vergütung verbunden werden kann.

Apropos: Unsere **Geldmittel** stammen aus freiwilligen Spendenbeiträgen für die Koordinierung. Dafür bedanken wir uns herzlich! Zugleich denken wir könnte das verbessert werden vor allem bei Bündnissen, die aus der Ratsarbeit Einnahmen haben.

Als **politische Schwerpunkte** unserer Arbeit zog sich der lokale, aber vor allem überregional vernetzte **Kampf gegen chronische Umweltvergiftungen** durch. Dann der angebliche Druck bzw. die **Folgen von Privatisierungen** und ppp-Modellen in den Kommunen. Anfang dieses Jahres wurde mit dem regionalen Widerstand gegen die Schließung von NO-KIA in Bochum deutlich, welche Rolle **Leben und Kampf der Arbeiter und Belegschaften** für alternative Kommunalpolitik spielen entgegen einer verlogenen Standortkonkurrenz der Städte. Später machten der **Müllskandal** in Neapel, die geplante **Giftgas-Pipeline** in NRW und die **Alibi-Umweltzonen** deutlich, wie wichtig diese Lebensfragen der Menschen für unsere Zusammenarbeit sind. Das auch im Hinblick auf die Kommunalwahlen besonders hier in NRW.

Wir nahmen an der **Pfingstumwelttagung der Bürgerbewegung Pro Kryo-Recycling** teil und führten dort erfolgreich eine Arbeitsgruppe durch zur Bedeutung der kommunalen Zusammenarbeit im Kampf für eine lebenswerte Umwelt. Auf der Ebene der Ratsarbeit trafen

sich erstmals fortschrittliche Fraktionen der fünf am Müllheizkraftwerk Essen beteiligten Städte für ein koordiniertes Vorgehen bei Auslaufen der entsprechenden Verträge.

Ausgehend von Vorschlägen aus Witten, Herten und Gelsenkirchen unternahmen wir Schritte und Beratungen mit dem Ziel einer **gemeinsamen Zeitung oder Beilage** zur gegenseitigen Unterstützung der Bündnisse vor allem bei den Kommunalwahlen. Der erste Versuch einer gemeinsamen Publikation nur im Ruhrgebiet angesichts vorgezogener Schließungspläne im Bergbau konnte aber noch nicht verwirklicht werden. Es erfordert nicht nur eine genaue Koordinierung, sondern auch die entsprechenden Kräfte und Planung der Beteiligten bei der Erstellung, aber auch Verbreitung, damit eine solche Zeitung die Stärke der Vernetzung auch in der Öffentlichkeit zur Wirkung bringen kann. Darüber sollten wir heute weiter beraten und beschließen.

Ab Jahresbeginn nahmen wir dann den neuen **kommunalpolitischen Ratschlag** in den Blick. Ende Juni stellten wir ihn in den Mittelpunkt bei einem gemeinsamen Info-Stand und einer kommunalpolitischen Gesprächsrunde, die wir mit AUF Gelsenkirchen beim Fest des Dienstleistungszentrum „**Horster Mitte**“ durchführten. In der Folge stand die immer konkretere Vorbereitung des Ratschlags im Zentrum unserer Koordinierungsarbeit, wobei wir gute Unterstützung fanden.

Insgesamt sind in Teilbereichen gute Fortschritte gemacht in der Vernetzung und Zusammenarbeit, gab es Initiativen und neue Erfahrungen und Verbindungen: z.B. nach Brandenburg, zu Mitstreitern der LINKEN, in der Bündnisarbeit mit der Kryo-Bewegung. Zugleich ist ein Durchbruch, eine höhere Stufe der Vernetzung noch nicht erreicht, und die Koordinierungsarbeit noch nicht professionell genug. Sie muss noch mehr auf die konkrete Förderung, Stärkung und jetzt auch auf erfolgreiche Wahlkampfaktivitäten der Bündnisse zielen, und dazu alle interessierten Kräfte, ihre Kenntnisse und Vorschläge bündeln und zur Verfügung stellen. Dazu ist nicht unbedingt eine größere Koordinierungsgruppe wichtig. Sondern in einer konkreten, engeren und wirkungsvolleren Zusammenarbeit liegt die Perspektive des gemeinsamen Kampfs gegen die Verantwortlichen in der Stadt wie der Regierung und Konzernen – vielen Dank.